

Fraktion direkt

Informationen der CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe



Moderne Mobilitätskonzepte und Verkehrsentwicklung im Oberzentrum Karlsruhe

Die zweite Rheinbrücke ist für Karlsruhe und die Region das bedeutendste Verkehrsinfrastrukturprojekt. Seit Jahrzehnten setzen wir uns als CDU für deren Bau ein. Unabhängig gehört für uns auch die direkte Anbindung der zweiten Rheinbrücke an die B36 im Norden dazu. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass diese Querspange in den Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP), der von Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) zu verantworten ist, aufgenommen wurde. Der BVWP fasst sich u. a. mit Projekten von hoher städtebaulicher und infrastruktureller Bedeutung. Gemeint sind damit Projekte, die nachhaltig verkehrliche Entlastung bieten und damit die Wohn- und Lebensqualität deutlich verbessern. Karlsruhe als Hochtechnologiestandort an der Grenze zu Frankreich und der Pfalz ist auf einen reibungslos funktionierenden Personen- und Güterverkehr zwingend angewiesen. Denn Mobilität ist der Standortfaktor schlechthin. Deshalb zielt der BVWP auf die Identifizierung und Behebung von Mängeln im Verkehrsnetz hin. Für die CDU-Fraktion ist aus diesem Grund die Antwort zur kleinen Anfrage von örtlichen Abgeordneten der Grünen an den Landesverkehrsminister Hermann (Grüne), besonders erfreulich: „Die Landesregierung bedauert, dass der Karlsruher Gemeinderat noch nicht mehrheitlich die Notwendigkeit einer zweiten Rheinbrücke erkannt hat. Allerdings ist sie zuversichtlich, dass durch die jetzt mögliche Weiterführung der zweiten Rheinquerung bis zur B36 die Mehrzahl der Gemeinderäte vom Nutzen, auch für die Stadt Karlsruhe, überzeugt werden kann.“ Die CDU-Stadtratsfraktion muss er nicht mehr überzeugen. Wir legen unser Hauptaugenmerk im nächsten Jahr darauf, ob die Ankündigungen Hermanns in die Tat umgesetzt werden. Hierzu gehört der längst überfällige Abschluss des Planfeststellungsverfahrens für die zweite Rheinbrücke. Dies ist nun für den Sommer 2017 erstmals verbindlich angekündigt. Wir werden auch bei der Einleitung eines weiteren Verfahrens für den Lückenschluss zur B36 nachhaken und es nicht auf die lange Bank schieben lassen. In diesem Zusammenhang dankt die CDU-Stadtratsfraktion allen rührigen Aktivisten der Bürgerinitiativen, die sich für das überfällige Brückenbauwerk einsetzen.

Inhalt

- 2 Schülerhort in der Grazer Straße bleibt durch CDU-Antrag erhalten
- 2 Nachgefasst
- 3 Zweite Rheinbrücke nicht mehr zu stoppen
- 3 Neubau des Wildparkstadions ein wichtiger Meilenstein
- 3 40 Jahre Stadtrat Klaus Heilgeist
- 4 Zwei Fragen an ... Stadtrat Jan Döring
- 4 SONDERTEIL: Haushalt
- 6 Interview mit Dr. Albert Käuflein zu Social Media und Bürgerbeteiligung

6 Soziale Medien und Bürgerbeteiligung als Chance und Herausforderung

Interview mit Dr. Albert Käuflein zu Social Media und Bürgerbeteiligung



Herr Dr. Käuflein, Sie gelten in der CDU-Fraktion als der medienaffinste Stadtrat. Gleichzeitig liegt Ihr Schwerpunkt in der Fraktion bei der Kultur. Woher kommt dieser Ruf, und gibt es vielleicht eine Verbindung zwischen diesen beiden Themen?

Als Theologe und Journalist mache ich beruflich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. Da habe ich mit allen großen Kultureinrichtungen in Karlsruhe zu tun. Das mag die Verbindung der beiden Themen Kultur und Medien in meiner Person biografisch erklären. Aber auch inhaltlich hängen sie zusammen. Kultur hat immer einen medialen Aspekt. Kultur bedient sich immer der Medien. Umgekehrt sind die Medien Teil der Kultur.

Welche Rolle spielen soziale Medien in Ihrem täglichen Leben und in der Arbeit als Stadtrat?

Die neuen sozialen Medien ermöglichen – im Gegensatz zu den klassischen – eine Kommunikation in zwei Richtungen: Man kann mit anderen Menschen in ein Gespräch eintreten. Das mache ich beruflich, privat und in meinem politischen Ehrenamt. Und es bereitet mir Freude. Morgens schaue ich zuerst in die BNN und die FAZ – und dann in Facebook.

Und was hat das mit Bürgerbeteiligung zu tun?
Politik muss auf die Menschen hören. Dafür können die sozialen Medien eine Plattform sein. Schon oft haben sich Karlsruher Bürger mit ihren Anliegen über Facebook an mich als Stadtrat gewandt. Bei der Stadtverwaltung sehe ich hier noch Entwicklungspotenzial. Warum soll es keinen Bürgerservice über Facebook oder WhatsApp geben oder Informationen via Twitter oder YouTube?

Bergen die neuen Medien nicht auch Gefahren?

Das stimmt. Es ist zunächst eine Bildungsaufgabe, Medienkompetenz zu vermitteln: Die Menschen müssen die neuen Medien nicht nur technisch handhaben können, sondern sie müssen ebenso in der Lage sein, die Inhalte kritisch zu beurteilen. Zuletzt hat der amerikanische Wahlkampf gezeigt, dass es möglich ist, gezielte Fehlinformationen im Internet zu verbreiten. Hier braucht es Medienkompetenz und mehr Kontrolle.



Social Media-Auftritt Dr. Albert Käuflein

5 SONDERTEIL: Haushalt

Interview mit Frau Bürgermeisterin Gabriele Luczak-Schwarz (CDU)



Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, die Stadt muss sparen. Es gab hierüber viel Unmut bei den Karlsruherinnen und Karlsruhern, den Verbänden und Institutionen. Wie gehen Sie damit um?

Natürlich gibt es immer Kritiker, gerade auch bei einem solchen Haushaltsstabilisierungsprozess. Wo etwas bewegt wird, da knirscht es auch. Dennoch spreche ich mit vielen Menschen, die sehr wohl Verständnis für unseren Weg aufbringen. Sie schätzen den Mut und den Weitblick des Karlsruher Gemeinderats und der Stadtverwaltung für diesen Prozess. Für mich ist es wichtig, verantwortungsvoll, nachhaltig und vorausschauend zu handeln. Ich möchte nicht nachfolgenden Generationen einen Schuldenberg hinterlassen. Diese Verantwortung ist Motivation und Ansporn für mich und meine Arbeit.

Warum war der Haushaltsstabilisierungsprozess notwendig?

Die Genehmigungsfähigkeit des städtischen Haushalts stand auf dem Spiel. Unsere Aufwendungen sind schneller gestiegen als unsere Erträge – und dies trotz gestiegener Landes- und Bundeserträge sowie guter konjunktureller Situation. Dies begann bereits im Jahr 2010, war aber aufgrund von Sondereffekten noch nicht spürbar. So entwickelte sich die Einwohnerzahl in Karlsruhe, die in vielen Fällen als Basis für die Finanzhilfen von Bund und Land dient, überdurchschnittlich. Zum anderen verzeichnete die Stadt Karlsruhe Einmalerträge aus Sonderzahlungen der Gewerbesteuer, insbesondere in den Jahren 2012 und 2013. Die Entwicklung der Aufwendungen möchte ich am Beispiel Soziales und Jugend deutlich machen: Betrug die Ausgaben in 2007 254,9 Millionen Euro, werden diese auf 420,9 Millionen Euro Ende 2016 ansteigen und Ende 2018 bei 478 Millionen Euro liegen. Ohne Gegensteuerungsmaßnahmen wäre die Stadt Karlsruhe Gefahr gelaufen, „fremd bestimmt“ zu werden und die Hoheit über ihre Finanzen zu verlieren. Das wäre ein verheerendes Signal gewesen.

Welche Chancen bietet der Haushaltsstabilisierungsprozess?

Durch den Stabilisierungsprozess ist es gelungen, möglicherweise festgefahrene Strukturen zu hinterfragen und neu zu durchdenken. Die Diskussionen hierüber sind absolut notwendig und sinnvoll. Denn dadurch eröffnen sich uns Möglichkeiten für Neues und für Priorisierungen. Investitionen von jährlich an die 200 Millionen Euro sind dadurch möglich geworden. Wir investieren in die Modernisierung des Städtischen Klinikums und in die Infrastruktur der Stadt zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Karlsruhe genauso wie in die Abwasserentsorgung und in den öffentlichen Aufenthalts- und Straßenraum. Allein 85 Millionen Euro investieren wir in unsere Schulen. Sparen bzw. Stabilisieren als Chance – diese Aussage muss sich in den Köpfen der Menschen verankern.

Positionierung der CDU-Fraktion zu Haushaltsanträgen zum Doppelhaushalt 2017/2018

Dass die Haushaltberatung zur Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 nur einen Tag dauern würde, zeichnete sich bereits im Lauf der zweiten Jahreshälfte ab. Unzählige Gespräche der Fachpolitiker führten dazu, dass das Gros der strittigen Punkte bereits vor Eintritt in die Haushaltberatungen abgearbeitet werden konnte. Unzählige Verhandlungsrunden ermöglichten es, die Anzahl der Haushaltsanträge im Vergleich zum vorherigen Doppelhaushalt nahezu zu halbieren. Rund 170 Anträge wurden durch den Gemeinderat gebracht. Dabei blieb die CDU-Fraktion bei ihrer Haltung der nachhaltigen Sanierung des Haushalts und Umsetzung des Maßnahmenpaketes 1. Anträge auf eine nachhaltige Verschlechterung des Haushalts und einer damit einhergehenden höheren Verschuldung lehnte die CDU-Fraktion ab. Dabei wollte die Fraktion den Fokus nicht auf reine Prozentzahlen bei den Sparvorschlägen setzen, sondern in gemeinschaftlicher Beratung mit den Verbänden Einsparungen erzielen. Gerade dieses gemeinschaftliche Miteinander ermöglichte es dem Gemeinderat, die selbst gewählten Einsparvorgaben umzusetzen.



Rathaus Karlsruhe

**Sie haben Fragen zu aktuellen Anliegen?
Dann können Sie sich über unsere
Facebook-Seite oder per E-Mail an uns wenden**

**[www.facebook.com/
CDU.Fraktion.Karlsruhe](http://www.facebook.com/CDU.Fraktion.Karlsruhe)**
cdu@fraktion.karlsruhe.de



Impressum

Herausgeber CDU-Gemeinderatsfraktion Karlsruhe
 Vorsitzender Tilman Pfannkuch
 Redaktion Tilman Pfannkuch, Dr. Albert Käuflein, Sascha Pröhl
 Fotos Sascha Pröhl (SPR); Susanne Friedrich (SF); Heike Reichert (Re); Fraktionsgeschäftsstelle (FGS)
 Satz und Druck www.fkm-verlag.com

Anschrift: Fraktionsgeschäftsstelle
 CDU-Fraktion Karlsruhe
 Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe
 Telefon 07 21/2 95 94, Fax 07 21/2 86 63
cdu@fraktion.karlsruhe.de
www.cdu-fraktion-karlsruhe.de
www.facebook.com/CDU.Fraktion.Karlsruhe



Schülerhort in der Grazer Straße bleibt durch CDU-Antrag erhalten

Durch einen Antrag der CDU-Fraktion konnte der Schülerhort in der Grazer Straße erhalten bleiben. Doch kurz zu den Rahmenbedingungen: Anhand einer städtischen Umfrage zum Betreuungsbedarfs bevorzugen 21,3 % der Eltern in Durlach für ihre Kinder eine Hortbetreuung. Dies würde bei ca. 1.000 Grundschulern in Durlach rund 213 Hortplätze bedeuten. Die Schließung des Horts hätte dazu geführt, dass nur noch die 80 Plätze des Weiherhorts zur Verfügung gestanden hätten. Der Mix aus verschiedenen Betreuungsangeboten in der Stadt dient aus Sicht der CDU-Fraktion dazu, den Eltern zu ermöglichen, selbst zu entscheiden, wie die Betreuung ihrer Kinder zu gestalten ist. Grundsätzlich geht es nicht nur um die Frage der Halbtags- oder Ganztagsbetreuung, sondern darum, dass viele berufstätige Eltern an man-

Nachgefasst

Wie geht es weiter mit der Stadthalle?

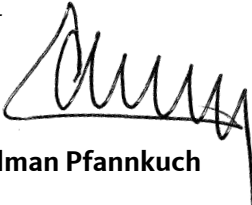
Rund 57 Millionen Euro wird die Stadt Karlsruhe in die Sanierung der 40 Jahre alten Stadthalle investieren, um sie in einem ganz neuen Glanz erstrahlen zu lassen; 40 Jahre, in denen Millionen von Besucher die Säle der Stadthalle besucht haben.

Dieser hohe Betrag und die aufwendige Sanierung selbst werden durch einen Bau-Begleit-Ausschuss verfolgt. Die Kostenermittlung wird also durch einen gemeinderätlichen Ausschuss kontrolliert. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Kosten eingehalten werden. Rund 18 Monate wird die Schließung der Stadthalle dauern. Deshalb wurden durch den Aufsichtsrat der KMK Alternativen für Veranstalter und Ausrichter von Kongressen gesucht und diese auch gefunden. Alternativen konnten in der Neuen Messe und in der Garten- und Schwarzwaldhalle gefunden werden. Von zentraler Bedeutung für Karlsruhe ist der Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit bei der Ausrichtung verschiedener Events, denn die Veranstaltungsbranche sucht sich ihre Veranstaltungsorte und wartet nicht, dass diese in schwer absehbarer Zeit verfügbar sind. Verliert ein Veranstalter das Interesse an einem Veranstaltungsort, ist es schwierig, diesen erneut für einen Standort zu begeistern. Auch in Mannheim und Stuttgart wurden in den vergangenen Jahren Millionen Beträge in die Kongressstätten investiert. Deshalb ist die Investition in die Stadthalle eine Investition in die Zukunft, denn nur, wer an Attraktivität gewinnt, wird am Markt im hart umkämpften Kongressgeschäft bestehen können.

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,



der in diesem Jahr begonnene Prozess der Haushaltsstabilisierung ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Stadt Karlsruhe. Über Fraktionsgrenzen hinweg wurde um jeden Euro gerungen. Letztlich ist es dem Gemeinderat mit dem Maßnahmenpaket 1 gelungen, den ersten Schritt zur Haushaltskonsolidierung zu gehen. Allerdings erlaubt uns die Haushaltssituation kein Verschnaufen. Das anstehende Maßnahmenpaket 2 wird im kommenden Jahr trotzdem nur einen Teil der Aufgaben des Gemeinderats darstellen. Eine Hauptaufgabe wird es sein, Wohnraum in einer pulsierenden und wachsenden Metropole zu schaffen und dabei sowohl den stadtplanerischen, verkehrlichen, halterischen als auch sozialen Anforderungen gerecht zu werden. Dabei geht es nicht bloß um hochpreisigen Wohnungsbau, sondern vor allem um bezahlbaren Wohnraum für Jung und Alt und jede Einkommensgruppe. Karlsruhe ist gerade wegen seiner bisweilen guten verkehrlichen Infrastruktur beliebt. Um diesen Status beizubehalten, wird die CDU-Fraktion sich auch im kommenden Jahr u. a. für den Bau der zweiten Rheinbrücke und den Lückenschluss zwischen B10 und B36 einsetzen. Nicht unvergessen bleibt dabei unser klarer Blick auf eine zukunftsweisende Raum- und Verkehrsplanung. Herzlich bedanke ich mich in dieser Ausgabe für die 40-jährige Zugehörigkeit von Dr. Klaus Heilgeist zum Karlsruher Gemeinderat und der CDU-Fraktion.

Ihr

 Tilman Pfannkuch

chen Nachmittagen ihr Kind flexibel selbst betreuen möchten. Einen möglichen Paradigmenwechsel des geplanten Ausbaus von Ganztagsgrundschulen sieht die CDU-Fraktion in der Weiterführung des Horts Grazer Straße nicht. Liegt nach Auffassung der CDU-Fraktion eine konstant hohe Nachfrage an Hortplätzen trotz der Angebote einer Ganztagsgrundschule in einem betroffenen Stadtteil vor, muss hier über die Weiterführung der Horte nachgedacht werden. Vor einem weiteren Ausbau der Ganztagsgrundschulen sieht die CDU-Fraktion nun einen dringenden Bedarf, die bereits vorhandenen qualitativ zu verbessern, insbesondere was die Rhythmisierung der Unterrichtseinheiten angeht.

Zweite Rheinbrücke auch durch Bremser der Oberbürgermeisterkoalition nicht mehr zu stoppen

Die Debatte um die zweite Rheinbrücke beschäftigte den Gemeinderat in diesem Herbst. Dabei wurde schnell klar: Wenn es nach der Meinung der Oberbürgermeisterkoalition aus SPD, GRÜNEN und Kult gehen würde, steht die zweite Rheinbrücke auch in den nächsten Jahren nicht vor einer Realisierung. Die CDU-Fraktion stellte deshalb einen Antrag auf Einleitung eines Planfeststellungsverfahrens. Dadurch erwartet sie sich eine aktive Rolle der Stadt bei der Vorplanung des Lückenschlusses zwischen der zweiten Rheinbrücke und der B36. Ein kurzfristig eingereichter „Ergänzungsantrag“ der Oberbürgermeisterkoalition zur Oktobersitzung des Gemeinderats zeigt, dass mit allen Mitteln gearbeitet wurde und wird, um das Projekt nicht nur zu bremsen, sondern es generell anzuhalten. Deutlich wird dies darin, dass der Ergänzungsantrag drei Stunden vor Sitzungsbeginn des Gremiums den Fraktionen schriftlich zugeht. Der Kern dieses Antrages ist es, mittels neuer Verkehrszählungsanträge und der Errichtung eines noch auszuweisenden Naturschutzgebietes den Anschluss der zweiten Rheinbrücke an die B36 zu verhindern und so den Blick auf Belanglosigkeiten zu lenken. Damit stellt sich die Mehrheit des Karlsruher Gemeinderats gemeinsam mit dem OB gegen die CDU-Fraktion, den Bund und das Land, die alle auf eine Umsetzung der zweiten Rheinbrücke drängen. Leider ist der Beschluss des Gemeinderats im November kein Lichtblick für den Beginn des Planfeststellungsverfahrens zum Bau einer zweiten Rheinbrücke. Denn der Gemeinderat folgte diesem Ergänzungsantrag in seiner Novembersitzung gegen die Stimmen der CDU-Fraktion.



Neubau des Wildparkstadions ein wichtiger Meilenstein für die Stadtentwicklung

Trotz eines gemeinderätlichen Beschlusses schien der Neubau des Wildparkstadions für eine Zeit vor dem Aus zu stehen. Wenngleich die Außerdarstellung des Prozederes zwischen der Stadt und dem KSC bisweilen suboptimal lief, war es vonseiten des Gemeinderats wichtig, keine neuen Komplikationen durch Sondersitzungen des



Gemeinderats oder sonstiger Gremien herbeizuführen. Ungeachtet dessen ist der Neubau des Wildparkstadions für die CDU-Fraktion eine wichtige und richtige Entscheidung für Karlsruhe. Nicht nur aus stadtplanerischer Sicht ist der Neubau des Wildparkstadions ein richtiger Schritt, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht ist die Modernisierung des Stadions von großer Bedeutung. Gerade der Neubau ermöglicht es der Stadtplanung, neue Ideen bei der Gestaltung der Zu- und Abwegung zu generieren.

Als Oberzentrum in der TechnologieRegion Karlsruhe und als Sportstadt muss es möglich sein, attraktive Rahmenbedingungen sowohl für den Breiten- als auch für den Spitzensport bereitzustellen.

40 Jahre Stadtrat Klaus Heilgeist. Die CDU-Fraktion bedankt sich herzlich für Ihr anhaltendes Engagement

In einem Zeitungsartikel im Juli 2003 betonte Dr. Klaus Heilgeist, dass Politik dann verlässlich und verantwortungsvoll nur ist, wenn diese den Bürgern in finanziell schwierigen Zeiten keine wohlklingenden Versprechungen macht. Dieser Bericht zeigt, dass er seinen Blick nie nur auf das Sparen als Selbstzweck gelegt hatte, sondern um Spielräume für die Zukunft zu ermöglichen. Dass der 1944 in Breslau geborene Klaus Heilgeist die Karlsruher Kommunalpolitik 40 Jahre lang maßgeblich mitgestalten würde, war nicht vorherzusehen. Gustav Freytag schilderte den „Schlesier“ verkürzt wie folgt: „Sie sind ein lebhaftes Volk von gutmütiger Art, heiterem Sinn, genügsam, höflich und gastfrei, eifrig und unternehmungslustig, arbeitsam wie alle Deutschen ...“ Eigenschaften, die Klaus Heilgeist immer wieder unter Beweis stellte, sei es als Vorsitzender des Bürgervereins Südweststadt, als Präsident der Steuerberaterkammer Nordbaden, als Lehrbeauftragter am KIT, als Kreisvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU oder eben als Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Karlsruher Gemeinderat. Die CDU-Fraktion ist deswegen stolz und dankbar, Herrn Stadtrat Dr. Klaus Heilgeist in ihren Reihen zu wissen. Die gesamte CDU-Fraktion bedankt sich bei Ihnen, Herr Dr. Heilgeist, für 40 Jahre Arbeit am Gemeinwohl der Stadt Karlsruhe.



Das erste Maßnahmenpaket: Ein Fazit

Im April 2016, nach einjähriger Vorbereitungszeit, beschloss der Gemeinderat in einem Maßnahmenpaket, 185 Millionen Euro bis 2022 einzusparen. Kernidee dieses Beschlusses war, es auf generelle Kürzungen nach der Rasenmäher-Methode zu verzichten.

Die selbst gesteckten Zielvorgaben des Gemeinderats bestanden darin, dass mittelfristig ein positiver Ergebnishaushalt zustande kommen muss, um langfristig finanzielle Spielräume der Stadt zu erhalten. Zur Überprüfung wurden Basisgruppen gebildet, in denen die Aufgaben, Tätigkeiten und die Organisation der Ämter selbstkritisch geprüft wurden, um Möglichkeiten für Optimierungen herauszuarbeiten. Das Ziel, das damit verfolgt wurde, war, zum einen die Kosten zu senken sowie zum anderen die Einnahmen zu erhöhen. Damit dies in der gesamten Verwaltung gelingen konnte, wurden insgesamt 42 Basisgruppen sowie sieben themenbezogene Arbeitsgruppen, die sich mit ressortübergreifenden Fragen und den Beteiligungen befassten, gegründet. Unterstützt wurde die Arbeit von einem integrierten Projektteam aus städtischen Mitarbeitern und externen Beratern der BSL Managementberatung. Um eine möglichst große Zustimmung auch in der Bürgerschaft zu erreichen, unterstützte die CDU-Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, alle Haushaltsposten einer Kritik zu unterziehen, Vorschläge aus der Bürgerschaft aufzunehmen und keinen Bereich von vornherein von Einsparungen auszuneh-

Zwei Fragen an ...

Stadtrat Jan Döring



Herr Döring, Sie sind der sicherheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion. In dieser Funktion befinden Sie sich auch deshalb, da Sie beruflich bei der Polizei tätig sind. In den vergangenen Monaten war immer wieder die Situation am Werderplatz in der Südstadt ein Thema. Wie sehen Sie die Situation, und welche Möglichkeiten sollte die Stadt in Erwägung ziehen, um hier ein höheres Maß an Sicherheit zu erzeugen?

Die Situation am Werderplatz ist angespannt. Das Klientel, also die anwesenden Personen, die den Werderplatz aufsuchen, hat sich stark verändert. Deshalb ist unser bisheriger Ansatz, nämlich ein Mix aus Kontrolle und Sozialarbeit, nicht von nachhaltigem Erfolg gekennzeichnet. Um weitere Ordnungsstörungen zu vermeiden, müssen wir weiterhin auf Sozialarbeit setzen, aber auch die Präsenz von Polizei

men. Die Kultur ist von den Sparvorschlägen genauso betroffen wie der Sozialbereich. Da der Stadt in den vergangenen Jahren viele Aufgaben von Bund und Land übertragen wurden, die eine Aufstockung des Personalbestands notwendig machten – ohne dass es dafür einen finanziellen Ausgleich gegeben hat –, ist dieser Schritt der nachhaltigen Haushaltskonsolidierung notwendig geworden. Der Grund hierfür ist sehr einleuchtend, denn während die Ausgaben auch zukünftig steigen werden, kann aller Voraussicht nach nicht mit einer weiteren Erhöhung der Steuereinnahmen gerechnet werden. Defizite sind also vorprogrammiert, und ohne ein Gegensteuern sind diese nicht mehr beherrschbar.

Hinzu kommt, dass die anstehenden Investitionen wie das Wildparkstadion, das Staatstheater oder die Stadthalle nicht allein durch eine weitere Verschuldung der Stadt finanziert werden können. Es ist daher notwendig, dass der städtische Haushalt jährlich mit einem Überschuss und nicht mit einem Defizit abgeschlossen wird. Mit einem ersten Maßnahmenkatalog, der partei- und fraktionsübergreifend auf Zustimmung gestoßen ist, wurde der Grundstein für den Doppelhaushalt gelegt sowie richtungsweisend der Weg für die künftige Zusammenarbeit der Fraktionen, Parteien und Stadtgesellschaft beim Maßnahmenpaket 2 skizziert. Rückblickend war die gewählte Arbeitsweise und Organisationsweise die richtige.

und Kommunalem Ordnungsdienst verstärken. Es wäre daher aus meiner Sicht sinnvoll, den Werderplatz durch das Stadtplanungsamt in eine Sozialraumplanung mit einzubeziehen. Dadurch ließe sich sowohl städteplanerisch als auch sicherheitspolitisch eine Verbesserung der Situation erzielen. Nichtsdestotrotz wäre es sinnvoll, wenn der Gesetzgeber den Kommunen in Baden-Württemberg die Möglichkeit einräumen würde, auf öffentlichen Plätzen ein Alkoholverbot auszusprechen.

Sehen Sie sich als Polizist in der Konkurrenz zum Kommunalen Ordnungsdienst (KOD)?

Nein, ganz und gar nicht! Der Kommunale Ordnungsdienst hat andere gesetzliche Aufgaben als die Polizei. Somit überschneidet sich die Aufgabenwahrnehmung nur in einem kleinen Teil mit klassischer Polizeiarbeit. Die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten bildet hier eine optimale Entlastung der Karlsruher Polizisten, da nicht für jeden Anlass eine Streife der Polizei ausrücken muss. Dies trägt wesentlich dazu bei, dass sich die Polizeibeamten um echte Notfälle und Straftaten kümmern können und nicht mit Ordnungsstörungen beschäftigt sind, wenn Sie die 110 wählen.